

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Wiedemannsche Buchdruckerei  
Hauptstadt-Dresden Nr. 2341  
Kurz für Nachrichten: Nr. 23011  
Schiffelung u. Druckerei: Nr. 23011  
Dresden - R. 1, Hauptstraße 11/12

Bezugspreise bei monatlicher Zahlung monatlich 3,30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Porto), bei halbjährlicher Zahlung 16,50 Mk., bei vierteljährlicher Zahlung 8,25 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Porto), bei vierteljährlicher Zahlung 16,50 Mk., bei vierteljährlicher Zahlung 8,25 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Porto), bei vierteljährlicher Zahlung 16,50 Mk., bei vierteljährlicher Zahlung 8,25 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Porto).

Druck u. Verlag: Drosch & Reichardt,  
Dresden, Postfach 110, 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresdn. Nachr.) 24/133, 1000  
Schiffelung werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Brünnings Antwort an Hitler

### Verteidigung und neuer Angriff des Kanzlers

Berlin, 23. Januar. Die Reichsregierung veröffentlicht die Antwort der Reichspräsidenten an Hitler. In der Antwort heißt es u. a.: Sie beantragen Ihre Diktatur mit verfassungswidrlichen und mit politischen Bedenken. Ihre verfassungswidrlichen Bedenken sind unbegründet. Sie gehen von nicht zutreffenden Voraussetzungen aus. Es hat sich niemals, wie Sie meinen, um ein „Aufheben“ der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung gehandelt. Meine Absicht ging vielmehr von vornherein dahin, die Amtsbefugnisse der Reichspräsidenten des Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohls des deutschen Volkes im Wege der Verfassung zu verlängern. Die Frage, ob eine derartige Verlängerung verfassungswidrlichen Bedenken unterliegt ist selbstverständlich von der Reichsregierung geprüft worden.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist die Verlängerung der Amtsbefugnisse durch ein verfassungsbünderndes Gesetz zulässig.

Das ergibt sich aus Artikel 76 der Reichsverfassung, der ausdrücklich bestimmt, daß und in welchen Formen die bestehenden Körperlichkeiten die Verfassung ändern können. Um ein solches verfassungsbünderndes Gesetz handelt es sich nicht, wie Sie in Vertretung der Reichspräsidenten annehmen möchten, um eine „Tat“ des Reichspräsidenten durch den Reichstag, durch die der Reichspräsident „den verfassungswidrlichen parlamentarischen Befugnissen beraubt“ werden würde.

Die grundsätzliche Bestimmung des Artikels 41 Abs. 1 der Reichsverfassung, wonach der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volke gewählt wird, würde also durch ein Gesetz, wie es die Reichsregierung im Auge hatte, in keiner Weise berührt, geschweige denn „aufgehoben“ werden. Es geht aus dem Gesetz, wenn Sie meinen, daß man bei einer bloßen Verlängerung der Amtsbefugnisse im Wege der Verfassung förmlich auch ein Recht des Reichstages, den Reichspräsidenten abzuwählen, anerkennen müßte.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß zum Zustandekommen eines Reichsgesetzes die Beschlußfassung des Reichstages allein nicht genügt, und daß bei einem verfassungsbündernden Gesetz, wie es hier in Frage gestanden hätte.

nicht nur dem Reichspräsidenten, sondern auch dem Reichsrat das Recht zuzuschreiben, das Gesetz zum Vollzug zu stellen.

Ihre politischen Argumente muß ich als unzulässig zurückweisen.

Sie behaupten, meine Anregung in der Präsidentschaftsfrage habe letzten Endes die Erhaltung des „heutigen Systems“ bezweckt. Dieses „System“ habe in höchster planmäßiger Vorbereitungsarbeit Deutschland zum Ruin geführt. Nur die Überwindung dieses „Systems“ verpreche innere Gesundung und außenpolitische Erfolge. Deshalb müßten Sie sich meiner Anregung verweigern.

Ich muß es ablehnen, mit Ihnen in eine Diskussion über Schlagwortbegriffe einzutreten.

Wer den Ernst einer solchen Aufgabe völlig erkennt, wird niemals Zusage zu einem Schlagwort nehmen. Vom verfassungsmäßigen Standpunkt aus muß ich es ausfällig finden, daß Sie die Hauptursache der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückzuführen. Nach der allgemeinen Auffassung ist

ein außenpolitischer Tatbestand, der Verfall der Verträge mit seiner politischen und wirtschaftlichen Unangenehmheit und Unvernunft, der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil auch der Weltnot.

Die Bestimmungen und die Handhabung dieses Vertrages in den ersten fünf Jahren seiner Geltung haben alle deutschen Wiederaufbauversuche immer wieder zerstört, die deutsche Währung erschüttert und schließlich die Einheit des Reiches selbst bedroht. Wenn das Reich gerettet wurde, so ist das nur geschehen durch das Zusammenwirken aller Volkselemente ohne Unterschied der Parteien. Sie gehen an diesem wesentlichen durch außenpolitische Verhältnisse geschaffenen Zustand ebenso vorbei, wie Sie die heutige deutsche Wirtschaftslage vom Standpunkt Ihrer Parteipolitik aus kurzer Hand dem von Ihnen bekämpften „Sozialismus“ zur Last legen. Auch hier verheimlichen Sie sich den Tatsachen.

Eine ungeheure Wirtschaftskrise hat, wenn auch in verschiedenen Ausmaßen, die meisten Länder der Erde erfaßt. Sachkundige Männer aller Länder haben sich aber die Ursachen dieser Krise geklärt und führen sie auf gewaltige Strukturveränderungen zurück, die die Weltwirtschaft durch den Krieg selbst und seine Folgereaktionen erfahren hat. Die industriell fortgeschrittenen Länder trifft diese Krise am härtesten durch die Hebel der Arbeitslosigkeit.

Doch unter diesen Ländern Deutschland am härtesten erfaßt wurde, ist die Frage davon, daß der deutsche Wirtschaftskörper durch die Währungsveränderungen des Berliner Vertrages in seiner ersten ausgleichenden langfristigen Handhabung sowie durch die Reparationsleistungen in seiner Widerstandskraft besonders geschwächt war.

Ich muß Sie deshalb davor warnen, diese Dinge ausschließlich von Ihrem parteipolitischen Gesichtspunkte aus darzustellen. Auch eine Reichsregierung, die eine Ihrer Auffassung entsprechende Zusammenfassung hätte, müßte auf dem Wege weiterzureden, der von mir geleiteter Regierung durch eben diese Tatsachen aufgezeigt worden ist.

Wir kennen nur ein Ziel: Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not.

Über unsere Erfolge steht jedem das Urteil frei. Unser gutes Gewissen aber lassen wir uns von niemandem befehlen. Es gibt uns die Kraft, ohne Furcht den Weg zu gehen, den es uns vorschreibt. Wir scheuen daher auch das Urteil des deutschen Volkes über unser Vorgehen nicht.

Wenn Sie die von Ihnen gewünschte Befestigung des „herrschenden Systems“ als einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands bewerten zu sollen glauben, so muß ich Ihnen die Verantwortung für diesen Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an die Befreiung der Vone des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu setzen entschlossen ist, überlassen. Es muß Ihnen bekannt sein, wie

die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Primat der Außenpolitik beherrscht

wird. Ebenso aber werden Sie nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg zum Teil durch die Geschehnisse bedingt ist, mit der Nation hinter ihren Unterführern steht. Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt.

Wenn Sie zum Schluß meine Forderung mit Ihnen als dem Führer einer, wie Sie sagen, labranga verfeimten Partei vom Gesichtspunkt der Moral aus beanstanden, so kann ich Ihnen nur erwidern, daß es

nicht das erste Mal war, daß ich mit Ihnen politische Probleme bespreche

und daß es andererseits sich für mich von selbst verstand, daß ich mich in einer die ganze Nation stehbewegenden Frage auch mit dem Führer der NSDAP, unmittelbar in Verbindung setzte.

Mit vorzüglicher Hochachtung grüßt Sie Dr. Brüning.

### Katastrophenpolitiker Laval

Man muß dem französischen Ministerpräsidenten Laval dankbar sein, daß er in seiner letzten Kammertrede vor der Abstimmung noch einmal mit kaum zu überbietender Deutlichkeit den brutalen Nachhandpunkt des tributverheißenden Siegers hervorgekehrt hat. Ein Standpunkt, der sich auf die Formel bringen läßt: „Und wenn die Welt in Trümmer geht, Frankreich will seine Tribute haben.“ Wenn noch irgendwo in Deutschland, bei den neutralen Staaten oder der angelsächsischen Welt Hoffnung bestand, auch Frankreich werde sich schließlich der allgemeinen Einsicht, es müsse etwas Entscheidendes gegen die Weltkrise geschehen, nicht verschließen, so dürfte mit dieser Äußerung jetzt gründlich ausgeräumt sein. Drohend steigt der Schatten des alten Eilers Clemenceau hinter den Vögeln auf. Das französische Wort „Nous les avons“ — „Wir haben sie“ — wurde von dem Vertreter des jungen Frankreich in neuer Formulierung, aber im Geiste des Vaters von Versailles, abermals in alle Welt gerufen. Jetzt heißt es, Frankreich verweigert niemals auf seine Rechte. Wir verweigern die Rückzahlung der Beiträge. Wenn uns Amerika unsere Schulden nachläßt, dann werden wir auch von unerschütterlichen Tributen und etwas abhandeln lassen, aber niemals auch nur das geringste von der dette sacree „den heiligen Schulden“ des ungezügelter Tributwillers. Laval kennt den Wert dieser noblen Worte, denn er weiß ja nur zu gut, daß Amerika ohne Erfüllung des Tributproblems und ohne allgemeine Währungsentschlössen ist. Europa keinen Wernig nachzulassen, dem reichen Frankreich schon gar nicht. Diese Voraussetzungen niemals zu schaffen, das ist aber gerade der Sinn der französischen Politik. Laval hat sich eingangs seiner Rede als ein Schüler Briands, den er jedoch ausboote, bezeichnet. Er hätte sich mit größerem Recht den gelehrigen Nachfolger Poincarés nennen können. Zwar hätte Briand dem Sinne nach an seiner Stelle zweifellos nicht um einen Schatten verächtlicher gesprochen, aber er hätte die brutale Offenheit gesucht, mit der Laval uns den Fehdehandschuh ins Gesicht warf und alle weiteren Verhandlungen ablehnte, ja darüber hinaus bereits die Absicht neuer Sanktionen durchzubilden läßt. Briandsche Schläue hat der Ministerpräsident nur bewiesen, als er die ihm unangenehme Kaufmann Konferenz mit seinen kleinen tattisch-parlamentarischen Mandatvern torpedierte.

Nicht weil Briand „frank“ wurde und Maginot plötzlich verhard trat das Kabinett zurück, sondern allein zum Zwecke der Verhinderung von Lausanne. Denn nun liegen sich einige Tage mit der Neubildung der Regierung totschlagen, die notwendige Kammerdebatte und das Vertrauensvotum hat dann auch glücklich den Rest der zur Verfügung stehenden Zeit aufgebraucht. Als es zu spät für die Einhaltung des Termins von Lausanne war, erhielt das neue, alte Kabinett auch prompt das feinen Augenblick zweifelhafte Vertrauensvotum. Die Mehrheit von 61 Stimmen, die Laval dabei erzielte, ist in Anbetracht der Zusammenlegung der Kammer, in der die Linke und die Rechte ungefüßig gleich stark sind, recht beachtlich. Tatsächlich hat ja auch die Aussprache gezeigt, daß das Parlament in seiner Gesamtheit in der grundsätzlichen Aufrechterhaltung der Politik eins ist. Wenn die Nationalsozialisten und Sozialisten gegen Laval himmeln, so hatte das in erster Linie innerpolitische, wirtschaftliche Gründe; man will unbelastet in den bevorstehenden Wahlen kämpfen gehen. Gerriot und Leon Blum haben aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch ihre Gruppen grundsätzlich die Tributpolitik Lavals billigen, ja, sie haben sogar ausdrücklich sich zu der ungeheuerlichen These des Ministerpräsidenten bekannt, man müsse auf deutschen Leistungen bestehen, damit Deutschland in dauernder Verelendung lebe, oder, wie es die Sozialisten formulierten, damit Deutschland keine unangenehme Konkurrenz zu treiben vermöge. Es ist kennzeichnend, daß ein Mitglied derselben Kammerfraktion dieser Tage im Namen der französischen „Gruberpartei“ auf Einladung der Dresdner Sozialdemokraten vor denjenigen sprechen soll, deren „unlautere“ Konkurrenz die französischen Genossen in Uebereinstimmung mit Laval verhindern wollen. Mit anderen Worten: auch die französischen Sozialisten haben auf dem Standpunkt, daß die deutsche tiefste Arbeitslosigkeit für Frankreichs Arbeiter nicht wünschenswert ist. Sicher wird man auch in dieser Rundgebung aus Kreise des französischen Reblers, wie schon so oft, sagen: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“

Es ist anzunehmen, daß bei einer solchen Einstellung der französischen Kammer von links bis rechts Laval sich nicht einmal mehr Mühe zu geben braucht, um seine Worte wenigstens von großen sachlichen Schleißchen freizuhalten, die des fehlenden Staatsmannes Frankreich unwürdig sein könnten. Er spricht, als handele es sich um den Angepunkt des Untergangs, davon, in Basel sei beschlossen worden, Deutschland werde nach Überwindung der Krise vor einem 400 000 000

## Probleme, die Brüning überließ

Man kann die Empfindung nicht unterdrücken, daß sich der Reichskanzler seine Entgegnung auf die verfassungswidrlichen Einwände gegen eine parlamentarische Verlängerung der Reichspräsidentenamt allzu leicht gemacht hat. Es handelt sich nicht darum, daß der Vorschlag, sondern daß der Sinn der Verfassung verfehlt wird, wenn das Parlament sich das Recht nimmt, die Volkswahl des höchsten Repräsentanten des Reiches, die die Verfassung ausdrücklich vorgeschrieben hat, durch einen qualifizierten Wiederwahlbeschuß sei es auch nur vorübergehend, aufzuheben. Der Sinn der Volkswahl des Reichspräsidenten soll ja gerade der sein, in der höchsten Repräsentanz eine Gewalt zu schaffen, die unabhängig vom Parlament den Volkswillen schlichter Mittel repräsentiert und so in der Lage ist, auf Grund ihrer besonderen Autorisierung durch das Volk ein wirksames Gegengewicht gegen die einseitigen Machtansprüche des Parlaments zu bilden.

wegung. Der Kanzler darf aber nicht verkennen, daß die Forderungen der nationalen Bewegung, gegen das Verfall der Verträge und die damit in Verbindung stehenden Tributforderungen höchsten Widerstand zu leisten, von einem großen Teil der Parteien, die hinter der gegenwärtigen Regierung stehen, in schärfster Weise durchgesetzt wurde. Hinter der die geschlossene Nation steht, bedarf es in Deutschland in den kommenden außenpolitischen Auseinandersetzungen wirksam zu vertreten. Die lebigen Freieinnahmen gegen, wie schon die Worte der Regierung Brüning geworden ist. Deshalb erscheint es notwendig, die Wiederwahl des Reichspräsidenten nicht auf das Parlament zu begründen, sondern auf die unmittelbare Willensäußerung der gesamten Nation. Ohne Einverständnis der Nation oder die kommenden schweren außenpolitischen Auseinandersetzungen nicht zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden.

Über den politischen Hinweis des Kanzlers, die Not Deutschlands gebe auf Versailles zurück, wird niemand größere Beunruhigung empfinden als die nationale Be-

**VUE**  
Konzert  
Kaffe  
S  
Central-Theater  
Das verlorene  
Die Blume  
Die Blume  
Die Blume